

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Rudolf Schöffberger MdB, Landesvorsitzender der bayerischen SPD, wirft Strauß vor, Bayern ins Zwielicht zu bringen: Viele Bürger gegen Botha. Seite 1

Hans Schwier, Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, setzt sich mit einem Ratgeber aus dem Bonner Bildungsministerium auseinander: Begabung nicht mit Checklisten erfaßbar. Seite 2

Reinhold Hiller MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen, warnt vor einer pauschalen Verdächtigung aller DDR-Übersiedler: Agenten hysterie. Seite 4

Dr. Dietrich Sperling MdB befaßt sich mit den Folgen der Haushalts- und Finanzpolitik für die Bauwirtschaft: Verheerendes Bild. Seite 5

Buchbesprechung
Thomas Schröder MdB rezensiert das von der GEW herausgegebene Arbeitsbuch „Computer und/oder Pädagogik?“ Seite 6

Verlag und Redaktion:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis: DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

40. Jahrgang / 186

30. September 1985

Strauß vermittelt falsches Bayern-Bild

Viele Bürger des Freistaates lehnen Bothas Apartheid-Regime ab

Von Dr. Rudolf Schöffberger MdB
Landesvorsitzender der bayerischen SPD

Alle EG-Staaten einschließlich der Bundesrepublik, die Vereinigten Staaten von Amerika und alle anderen demokratischen Staaten der Welt verurteilen die Apartheid-Politik der südafrikanischen Regierung. Sie sehen in dieser Politik und der mit ihr einhergehenden Rassendiskriminierung einen Angriff auf Menschenwürde, Menschenrechte und Demokratie.

Allein Strauß und seine CSU verbeugen sich vor dem Botha-Regime und wünschen ihm Glück beim weiteren Fortschreiten auf dem eingeschlagenen Weg. Vielleicht schöpft die CSU ihre Texte aus den Hochglanz-Broschüren der südafrikanischen Regierung, die anlässlich von Großwildjagden und Dinner-Parties überreicht werden - Gelegenheiten, bei denen man ohnehin nicht mit den schwarzen Opfern dieser Politik zusammentrifft. Jedenfalls wundert es, wenn im Grunde nur noch der paraguayische Diktator Stroessner mit ähnlichen Trompetenstößen hervortritt.

Ist es die unverkennbare Neigung des bayerischen Ministerpräsidenten, sich in der Gemeinschaft von Diktatoren und Halbdiktatoren besonders wohl zu fühlen - oder wollte er nur wieder einmal den Bären Kohl am Nasenring ziehen und zum Tanzen bringen? Wie es auch sei, Strauß und seine CSU erwecken mit ihrer Politik vor der Weltöffentlichkeit den falschen Eindruck, der Freistaat Bayern sei ein Hort der Reaktion. Sie bringen Bayern damit ins Zwielicht. Diesen Eindruck lassen wir bayerischen Sozialdemokraten nicht mehr unwidersprochen im Raume stehen.

Die Weltöffentlichkeit soll wissen: Es gibt im Freistaat auch andere politische Kräfte und viele Bürger, die mit den unterdrückten Schwarzen in Südafrika leiden, die ihnen mit einer Politik, wie sie Bundesaußenminister Genscher eingeleitet hat, helfen wollen.

(-/30.9.1985/rs/ks)

+ + +

Verantwortlich: Dr. Genscher
mit dem Namen des politischen
Verantwortlichen



Begabung kann nicht mit Checklisten erfaßt werden

Anmerkungen zu einem Ratgeber des Bundesbildungsministeriums

Von Hans Schwier
Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Kein Zweifel, Ratgeber sind eine gute Sache. Sie erleichtern Durchblick und Orientierung, vermitteln Selbstsicherheit, fördern sachkundiges Urteil und zielbewußtes Handeln - wenn sie zuverlässig gearbeitet sind. Was wunder, daß man neugierig wird, wenn ein neuer Ratgeber auf dem Markt erscheint - zumal für eins der schwierigsten Geschäfte der Erziehung: „Begabte Kinder finden und fördern“, herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft.

In die Neugier des Lesers mischt sich jedoch früh schon Unbehagen, weil die Autoren jenen freudig motivierenden Ton anschlagen, den die Bundesbahn bei ihrer Werbung für IC 85 zu benutzen pflegt: Als sei die Eisenbahn eben erst erfunden, als sei die besondere Begabung als entscheidendes Element kindlicher Entwicklung eben erst entdeckt. Müssen nicht Eltern und auch Lehrer daraus schließen, daß sie den richtigen Blick für die selbstverständlichen Dinge des Erziehungsgeschäfts bisher noch nicht gehabt haben, daß sogar die Entwicklung des Schulwesens in den vergangenen Jahren daran schuld sein könnte?

Denn hier wird doch Bildungspolitik gemacht, über das Thema und über die Art der Darstellung - und zwar kräftig. Als ob nicht diese gewaltige Anstrengung der Bildungsreform in den 70er Jahren einzig und allein dem Ziel gegolten hätte, Interessen, Neigungen, Begabungen und Leistungsfähigkeiten bei allen Kindern zum Durchbruch zu verhelfen und dabei die uns bekannten sozialen und regionalen Hindernisse beiseite zu räumen!

Dort, wo nicht nur Selbstverständlichkeiten vermittelt werden, kann der Ratgeber den Leser auch beraten. Das freundlich begleitende Interesse schlägt allerdings um in Verärgerung, wenn die Seiten 88 bis 94 zu bewältigen sind. Dort wird das Buch „aggressiver“: Es zwingt einen nämlich geradezu, einen Bleistift zur Hand zu nehmen und zwei Frage- beziehungsweise Beobachtungsbogen zu „bearbeiten“, den einen für Eltern (für Kinder bis zu sechs Jahren), den anderen für Lehrer (für Kinder ab sechs Jahre). Ich habe mich gefragt, ob diese Fragebogen geradezu darauf angelegt sind, alles das, was an guten Gedanken in die Broschüre hineingearbeitet worden ist, zu diskreditieren.



Was soll diese Art von „Begabungsforschung“: Sie suggeriert bei Eltern und Lehrern, daß es zur Erkenntnis der Begabungsschwerpunkte eines Kindes ausreicht, die aufgeführten Fragen und Feststellungen „abzuhaken“. Fehlt nur noch die Punktwertung am Ende. Ein Horrorbild: Das neue Familien- und Schulspiel kann beginnen. Leider ist es eben nicht nur amüsant, im Beobachtungsbogen für Eltern folgendes zu lesen: „Hat einen reichhaltigen Wortschatz mit ungewöhnlichen Wörtern und kann sich gewählt ausdrücken“. Auf welche Elternhäuser hin ist das gesagt? Welche soziale Privilegierung muß hier vorliegen, damit eindeutig positiv geantwortet werden kann? „Lernt vor der Einschulung ohne große Hilfe lesen und beschäftigt sich dann häufig mit Nachschlagewerken und Atlanten“: Wem will man solche Beobachtung wohl anraten? „Ist für ‚schöne Dinge‘ (Natur, Musik, Farben) besonders empfänglich“: Welches Kind ist das nicht, sollte es wenigstens nicht sein! Im übrigen: Ich habe hier nicht etwa nur „Ausrutscher“ zitiert.

Was den Lehrern an Fragestellungen und Beobachtungen empfohlen wird, gehört zum allgemeinsten Handwerkszeug, bleibt meist banal und unter der professionellen Sensibilität, über die unsere Lehrer verfügen („Brilliert bei mathematischen Aufgaben“, „Ist kritisch und perfektionistisch“ und so weiter, und so weiter). Noch eins: Wer die Beobachtungshinweise analysiert, stellt mit Bestürzung fest, daß soziales Empfinden, Bezug zum Mitmenschen, zur Gruppe kaum „gefragt“ zu sein scheinen, daß eher jene Haltung des „Sich-Hervor-Tuns“ in den Blick gerückt wird, die ohnehin eine der großen Bedrohungen unserer Konkurrenzgesellschaft ist.

Ich befürchte: Hier wird - von der Zumutung für den Lehrer einmal abgesehen - besonders gegenüber Eltern an falschen Ehrgeiz und Emotionen appelliert, in eine Diskriminierungspraxis hineingeführt, die allem widerspricht, was Familienerziehung trägt und auszeichnet. Hier droht die pädagogische Gelassenheit, die wir in unserer Welt so sehr brauchen, zu Bruch zu gehen. Ein Verfahren, wie das hier vorgeschlagene, könnte Eltern und Lehrern den ganzheitlichen Blick nehmen, aus dem die Erziehung lebt. Wird nicht gar individuelle Förderung ganz und gar mißverstanden als Aufspüren und einseitiges Training - frühkindlich begonnen - eines sehr engen Befähigungsbereichs? Und was, wenn ein Kind sich anders entwickelt, als „beobachtet“, vermutet oder hineinprojiziert?

Gerade, wer besondere Schwerpunkte ausgeformt sehen möchte, muß es auf dem Boden vielfältiger Anregung und genereller Förderung tun. Wer Individualität herauslocken will, darf es nicht gegen den sozialen Bezug von Individuen tun. Wer Erziehung auf helfendes Vertrauen gründen will, darf nicht Checklisten zusammenschreiben. Diese Art von Begabungsfindung ist überflüssig, weil sie das zerstört, was Erziehung und Elternhaus und Schule im Kern trägt: Geduldige Zuwendung zu Stärken und Schwächen, zu gradlinigen und weniger gradlinigen Entwicklungen. (-/30.9.1985/rs/ks)

+ + +

Agentenhysterie

Übersiedler aus der DDR müssen vor pauschalen Verdächtigungen und Diskriminierungen geschützt werden

Von Reinhold Hiller MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Nachdem im vergangenen Jahr 40.000 und in diesem Jahr vielleicht 20.000 Deutsche aus der DDR zu uns in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen konnten, werden diese Deutschen zu Opfern der ausufernden Agentenhysterie, die durch die Fälle Lüneburg, Tiedge, Willner und andere entstanden ist. Die fast täglichen Meldungen über Pannen der Spionageabwehr dürfen sich jedoch nicht mehr zu Lasten der vielen, oft bereits durch längere Gefängnisaufenthalte oder durch berufliche und soziale Diskriminierung in der DDR bestrafte Übersiedler auswirken.

Der statistische Anteil derjenigen, die als „Übersiedler“ in die Bundesrepublik eingeschleust werden, um hier für östliche Geheimdienste zu arbeiten, an der gesamten Zahl der Übersiedler ist sicher nicht höher als der der Agenten für ausländische Geheimdienste an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik. Die eigentlichen Top-Agenten werden über andere Wege eingeschleust. Eine genaue und sorgfältige Sicherheitsüberprüfung von Mitarbeitern in sicherheitsrelevanten Arbeitsbereichen ist sicher nicht nur zum Schutz unseres Staates, sondern auch für den der dort Beschäftigten selbst erforderlich.

Wenn jedoch das bei Umfragen nachgewiesene Mißtrauen gegen alle Deutschen aus der DDR von offiziellen Stellen unwidersprochen ebenso hingenommen wird wie Erklärungen von Unternehmern, sie würden insbesondere hochqualifizierte arbeitssuchende Übersiedler aus der DDR nicht einstellen, dann ist die Bundesregierung, die für die Pannen und Schlamereien in der Spionageabwehr verantwortlich ist, gefordert gegen solche pauschalisierenden, diskriminierenden Vorurteile und konkreten Benachteiligungen vorzugehen.

Nicht nur volimündige Erklärungen zur Einheit der Nation und zur Gleichberechtigung aller Deutschen in Bezug auf die Grundrechte unserer Verfassung sind gefragt, sondern ein wirksamer Schutz der Übersiedler aus der DDR vor pauschalen Verdächtigungen, konkreten Benachteiligungen und Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt und in ihrem sozialen Umfeld ist dringend erforderlich.

(-/30.9.1985/rs/ks)

+ + +



Verheerende Situation im Baubereich

Bundesregierung trägt mit ihrer Politik der Wechselbäder die Verantwortung

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Eine für die Bauwirtschaft katastrophale Haushalts- und Finanzpolitik ist der Bundesregierung vorzuwerfen. Noch keine Bundesregierung hat die Bauwirtschaft in nicht einmal drei Jahren so vielen Wechselbädern ausgesetzt wie die Regierung Kohl.

Einem mit der verfassungswidrigen Investitionshilfeabgabe finanzierten Sonderprogramm ist der Beschluß gefolgt, daß sich der Bund künftig ganz aus der Mietwohnungsbauförderung zurückzieht.

Einer im Prinzip nicht falschen Aufstockung der Mittel für die Städtebauförderung folgte die Ankündigung, daß sich der Bund in zwei Jahren aus diesem Bereich ebenfalls ganz zurückziehen wird.

Durch die verbesserte Abschreibung für Wirtschaftsgebäude wird den Gemeinden das Geld wieder aus der Tasche gezogen, das einigen von ihnen vorher über die Erhöhung der Städtebauförderung gegeben worden ist. Ein Programm zur Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen laufen mitten in der schlimmsten Krise der Bauwirtschaft aus. Die Förderung energiesparender Maßnahmen an bestehenden Gebäuden ist zuerst eingestellt worden und wird nun in bescheidenem Umfange wiederaufgenommen.

Die energetische Sanierung seines eigenen Gebäudebestandes lasse der Bund auslaufen. Die steuerliche Förderung selbstgenutzten Wohneigentums ist erst über einen befristeten Schuldzinsenabzug aufgestockt worden und wird anschließend in einer Scheinverbesserung vor allem für die Einkommenschichten, die das größte Nachfragepotential stellen, sogar gegenüber dem alten Recht reduziert.

Dieses befremdliche Bild wird abgerundet durch die Tatsache, daß zum Zeitpunkt eines absoluten Tiefpunktes in der bauwirtschaftlichen Entwicklung die Bundesregierung einen Haushalt mit sinkendem Investitionsanteil vorlegt und auch im Einzelplan des Bauministers die Investitionen zurückgingen statt mehr würden.

Für diese verheerende Situation im Baubereich ist die allgemeine Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes sowie die sprunghafte und diskontinuierliche Baupolitik verantwortlich. Bauminister Schneider hat seine Aufgabe, eine kontinuierliche und überschaubare Investitions- und Förderpolitik zu sichern und verlässliche Rahmendaten zu liefern, völlig verfehlt.

(-/30.9.1985/rs/ks)

+ + +



BUCHBESPRECHUNG

„Computer und/oder Pädagogik?“ / Ein Arbeits- und Materialbuch zu den neuen Techniken und Medien, herausgegeben von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB, Redaktion und pädagogische Bearbeitung: Jost Baum und andere, Mülheim, Verlag „Die Schulpraxis“, 256 Seiten, 17,80 DM.

Wem nutzen dressierte Informatiker?

Die Konzeption der Bundesregierung im Bereich des Bildungswesens ist durch eine wahre „High Tech“-Hysterie gekennzeichnet. Die Bundesregierung beschreibt - nicht ganz zu unrecht - die Fähigkeit, moderne Informations- und Kommunikationstechniken und so weiter zu entwickeln und marktgerecht anzuwenden, als wesentlichen Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit hochentwickelter Industriegesellschaften. Die Motivierung der Menschen soll durch eine verstärkte Berücksichtigung der Informations- und Kommunikationstechniken im Bildungsbereich erreicht werden. Es gibt angeblich nichts Wichtigeres für die Reform des Bildungsbereiches, als es auf die neuen Technologien auszurichten. Die Ideologen dieser neuen „Bildungs-Welle“ haben auch das passende angstmachende Schlagwort gefunden: „Computer-Analphabetismus“. Dabei geht es in der Konzeption der Bundesregierung nicht einmal darum, die neuen Techniken wirklich zu verstehen und zu beherrschen, es geht schlichtweg um die Vermittlung der einfachsten Bedienungsfertigkeiten.

Die Bundesregierung bemüht sich augenscheinlich um die Entwicklung einer primitiven Technologieakzeptanz. Die Menschen sollen akzeptieren, daß ihr Arbeitsplatz, ihr Privatleben, ganze Gesellschaftsbereiche durch die „neuen Technologien“ umgekrempelt werden. Also müssen die Menschen „motiviert werden, sich der Herausforderung zu stellen“, - und wo ist dies besser möglich als bei unvorbelasteten Kindern. Die bildungspolitische Konzeption der Bundesregierung ist eine unzulässige Verengung auf Bedienungsfertigkeiten für eine Technik, deren - doch auch Probleme aufwerfender - Einsatz als quasi naturgesetzlich hingenommen wird.

In der Regierungskonzeption fehlt eine Analyse der gesellschaftlichen Folgewirkungen und Bedingungen der neuen Technologien, um Antworten auf die Frage zu finden, welches Wissen Schule und Weiterbildungseinrichtungen vermitteln müssen, um die neuen Techniken beherrschen und mitgestalten zu können.

Die Rationalisierungsmöglichkeiten der Robotertechnik und der computergesteuerten Organisation von Produktionsprozessen müssen in den Bildungseinrichtungen genauso vermittelt werden, wie die damit verbundenen Veränderungen der Arbeitsinhalte und die drohende Gefahr der Arbeitslosigkeit. Lerninhalte müßten sein: Auswirkungen der Kabeltechnologien auf den Arbeits- und Freizeitbereich, das Problem des „gläsernen Menschen“ durch die Vernetzung von Computersystemen und Datenbanken sowie die Entwicklung einer eigenständigen Computerkultur durch Video, Video- und Computerspiele.

Zu diesem Problembereich haben Gewerkschafter, Lehrer und Wissenschaftler eine Textsammlung zusammengestellt: Auswirkungen der neuen Techniken und Medien auf den Arbeitsplatz, aber auch auf das Privatleben und andere Gesellschaftsbereiche. Alle Texte und Materialien sind so aufbereitet, daß sie direkt in einem projektorientierten Unterricht in den Schulen beziehungsweise in der Weiterbildungsarbeit eingesetzt werden können. Darüber hinaus finden sich zahlreiche ergänzende Diskussionsmaterialien, Projektvorschläge und viele erläuternde Illustrationen und Schaubilder in dem Buch. Von den Herausgebern wurde gerade auf eine praxiserrechte, für Teamer und Lehrer unmittelbar handhabbare Konzeption Wert gelegt.

Thomas Schröder MdB

(-/30.9.1985/rs/ks)

+ + +

